

Aushang

Nr. 338
17.01.2005

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Redaktion:
TU-Abteilung 36
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel: 0531/391-4328
Fax 0531/391-4300

Wahlordnung der Technischen Universität Braunschweig

Mit dem Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 16.09.2004 (Nds. GVBl. S 352; Artikel 3) wurde das Wahlrecht für Angehörige wieder aufgehoben. Die Wahlordnung der Technischen Universität Braunschweig vom 23.10.2002 war an diese Gesetzesänderung anzupassen.

In seiner Sitzung am 15.12.2004 hat der Senat eine entsprechende Änderung und die sich hieraus ergebende Neufassung der Wahlordnung beschlossen.

Die Neufassung der Wahlordnung wird hiermit hochschulöffentlich bekanntgemacht und tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung, am 18.01.2005, in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Wahlordnung vom 23.10.2002 (Amtliche Bekanntmachung Nr. 254 vom 28.10.2002) außer Kraft.

Wahlordnung der Technischen Universität Braunschweig

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig die Wahlordnung vom 23.10.2002 geändert und die nachstehende Fassung beschlossen:

Inhaltsübersicht:

| | Seitenzahl |
|---|------------|
| I. Allgemeines | |
| § 1 Geltungsbereich, Wahlgrundsätze und Wahlorgane | 2 |
| § 2 Wahlausschuss | 3 |
| § 3 Wahlleitung | 5 |
| II. Wahlvorbereitung und Wahlvorschläge | |
| § 4 Wahlbereiche | 5 |
| § 5 Aufstellung des Wählerverzeichnisses | 6 |
| § 6 Nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis | 8 |
| § 7 Wahlbenachrichtigung | 8 |
| § 8 Wahlausschreibung | 9 |
| § 9 Einreichung von Wahlvorschlägen | 9 |
| § 10 Zulassung der Wahlvorschläge | 11 |
| § 11 Entscheidung der Wahlorgane für die Wahlbekanntmachung | 12 |
| § 12 Wahlbekanntmachung | 13 |
| § 13 Stimmzettel | 13 |
| III. Wahlhandlung und Wahlergebnis | |
| § 14 Stimmabgabe | 14 |
| § 15 Briefwahl | 16 |
| § 16 Allgemeines Wahlscheinverfahren | 17 |
| § 17 Auszählung | 18 |
| § 18 Feststellung des Wahlergebnisses | 19 |
| IV. Nach-, Ergänzungs- und Neuwahl | |
| § 19 Nach-, Ergänzungs- und Neuwahl | 21 |
| V. Niederschriften, Fristen und Veröffentlichung | |
| § 20 Niederschriften | 23 |
| § 21 Fristen und öffentliche Bekanntmachungen | 23 |
| VI. Wahlprüfung | |
| § 22 Wahlprüfung | 24 |
| VII. Amtszeit, Stellvertretung und Nachrücken | |
| § 23 Beginn und Ende der Amtszeit; Nachrücken | 25 |
| § 24 Stellvertretung | 26 |
| VIII. In-Kraft-Treten | |
| § 25 In-Kraft-Treten | 26 |

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich, Wahlgrundsätze und Wahlorgane

(1) Diese Ordnung gilt für die direkten Wahlen zum Senat, zu den Fachbereichsräten und zur Kommission für Frauenförderung. Die Anwendung einzelner Regelungen für andere Wahlen wird in der Ordnung bestimmt.

(2) Die Wahlen erfolgen in freier, gleicher und geheimer Wahl. Sie werden in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl durchgeführt (Listenwahl). Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl wird gewählt, wenn nur Einzelwahlvorschläge vorliegen, nur ein Listenwahlvorschlag vorliegt oder nur ein Mitglied zu wählen ist.

(3) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sollen Frauen zu einem Anteil von mindestens 50 vom Hundert berücksichtigt werden.

(4) Die Mitglieder der Technischen Universität Braunschweig (§ 16 Abs. 1 NHG) haben das aktive und das passiver Wahlrecht, die Angehörigen (§ 16 Abs. 3 NHG i. V. m. § 11 Abs. 6 Grundordnung) haben kein Wahlrecht. Das aktive bzw. passive Wahlrecht kann für die Bildung der Kommission für Frauenförderung nur von den weiblichen Mitgliedern bzw. Angehörigen der Universität wahrgenommen werden. Wahlberechtigt und wählbar ist nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

(5) Je eine Mitgliedergruppe bilden für ihre Vertretung in den nach Gruppen zu wählen Organen, Gremien und Kommissionen:

1. Hochschullehrergruppe:

die Professorinnen und Professoren sowie die Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren,

2. Mitarbeitergruppe:

die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie die Doktorandinnen und Doktoranden,

3. Studierendengruppe:

die Studierenden,

4. MTV-Gruppe:

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung.

Die bei In-Kraft-Treten des Niedersächsischen Hochschulreformgesetzes vom 24.06.2002 (Nds. GVBl. S. 286) vorhandenen Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten gehören weiterhin der Hochschullehrergruppe an; die vorhandenen wissenschaftlichen und künstlerischen Assistentinnen und Assistenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten sowie die Obergeringenieurinnen und Obergeringenieure gehören weiterhin der Mitarbeitergruppe an (§72 Abs. 6 NHG).

Hochschulmitglieder, die mehreren Gruppen oder Fachbereichen angehören, können nur in einer Gruppe oder in einem Fachbereich wählen bzw. gewählt werden.

(6) Die Wahlen sollen als verbundene Wahlen gleichzeitig vorbereitet und durchgeführt werden. Der Wahlzeitraum soll in der Vorlesungszeit des Wintersemesters liegen. Wahlen zu den Organen der Studierendenschaft sollen mit den nach dieser Ordnung durchzuführenden Wahlen ebenfalls verbunden werden.

(7) Wahlorgane sind der Wahlausschuss und die örtlich eingerichteten Wahlausschüsse sowie die Wahlleiterin oder der Wahlleiter.

§ 2

Wahlausschuss

(1) Der Wahlausschuss überwacht die Ordnungsmäßigkeit der nach dieser Ordnung durchzuführenden Wahlen und ist für diese Wahlen in Zusammenarbeit mit der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter verantwortlich. Er entscheidet Zweifelsfragen bei der Wahlhandlung und Stimmenauszählung, stellt das Wahlergebnis fest und entscheidet über Wahleinsprüche.

(2) Dem Wahlausschuss der Technischen Universität gehören je zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Hochschullehrergruppe, der Mitarbeitergruppe, der Studierendengruppe und der MTV-Gruppe an.

(3) Die Vertreterinnen oder Vertreter jeder Gruppe im Wahlausschuss sind bis zum Ende des Sommersemesters, mit dem die Amtszeit der bisherigen Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe abläuft, von den Senatsmitgliedern dieser Gruppe zu wählen. Für jedes Mitglied des Wahlausschusses ist mindestens ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. Kommt die Wahl, zu der die Präsidentin oder der Präsident aufzufordern hat, nicht bis zum Ende des Sommersemesters zustande, bestellt diese oder dieser unverzüglich die fehlenden Mitglieder und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Wahlausschusses beginnt mit dem Wintersemester und endet nach zwei Jahren, für die Vertreterinnen oder Vertreter der Studierendengruppe nach einem Jahr. Scheidet ein Mitglied des Wahlausschusses vorzeitig aus und ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter nicht mehr vorhanden, so werden für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter nachgewählt. Die Präsidentin oder der Präsident hat unverzüglich mit einer Einladung zu einer Senatssitzung die Senatsmitglieder der betroffenen Gruppe zur Nachwahl aufzufordern. Kommt die Nachwahl nicht bis zum Ende der Senatssitzung zustande, ist Absatz 3 Satz 3 entsprechend anzuwenden.

(5) Die Präsidentin oder der Präsident lädt zur ersten Sitzung des Wahlausschusses ein und leitet sie, bis der Wahlausschuss aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Wahlausschusses lädt zu den Sitzungen ein und leitet sie. Der Wahlausschuss ist einzuberufen, wenn dies die Präsidentin oder der Präsident, drei Mitglieder des Wahlausschusses oder die Wahlleiterin beziehungsweise der Wahlleiter fordern.

(6) Für die Beaufsichtigung der Wahlhandlung kann der Wahlausschuss örtliche Wahlausschüsse einsetzen. Der Wahlausschuss kann hierfür sowie für die Auszählung Wahlhelferinnen und Wahlhelfer bestellen. Eine Bestellung von kandidierenden Wahlhelferinnen oder Wahlhelfern soll nur erfolgen, sofern keine anderen Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer gefunden werden können. Alle Gliederungen der Technischen Universität sind verpflichtet, Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer zu benennen.

(7) Mitglieder des Wahlausschusses sollen im Falle ihrer Kandidatur zu einer von ihnen zu beaufsichtigenden Wahl von der Präsidentin oder dem Präsidenten abberufen werden, es sei denn, dass auch ihre Stellvertreterin oder ihr Stellvertreter kandidiert und kein anderes Gruppenmitglied das Amt übernehmen kann. Entsprechendes gilt für die Vertrauensleute der Listen (§ 9 Abs. 6).

(8) Der Wahlausschuss entscheidet über Widersprüche gegen Verwaltungsakte der Wahlorgane.

§ 3**Wahlleitung**

(1) Der hauptamtlichen Vizepräsidentin oder dem hauptamtlichen Vizepräsidenten obliegt die Wahlleitung. Sie oder er ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich.

(2) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat das Recht und die Pflicht, an den Sitzungen des Wahlausschusses und der örtlichen Wahlausschüsse teilzunehmen oder stellvertretend eine Beauftragte oder einen Beauftragten zu diesen Sitzungen zu entsenden. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat die Sitzungen des Wahlausschusses mit deren Vorsitzender oder deren Vorsitzenden vorzubereiten, Entscheidungsvorschläge vorzulegen, sowie die Sitzungsniederschriften fertigen zu lassen und für die Bekanntmachung und Durchführung der Beschlüsse zu sorgen. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter legt den Zeitplan für die Wahlvorbereitung mit den Auslegungs-, Einspruchs- und Einreichungsfristen im Benehmen mit dem Wahlausschuss fest, soweit dieser nicht zuständig ist.

(3) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter kann zur Durchführung ihrer oder seiner Aufgaben die Bediensteten der Technischen Universität heranziehen.

§ 4**Wahlbereiche**

(1) Alle Personen einer Gruppe, die für dasselbe Organ, Gremium oder für dieselbe Kommission wahlberechtigt sind, bilden für dessen bzw. deren Wahl einen Wahlbereich.

(2) Wahlvorschläge können sich nur auf einen Wahlbereich beziehen. In diesem Wahlbereich müssen alle Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlags wahlberechtigt sein.

II. Wahlvorbereitung und Wahlvorschläge

§ 5

Aufstellung des Wählerverzeichnisses

- (1) Wählen und gewählt werden darf nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat zu Beginn der Vorlesungszeit des Wintersemesters, in dem eine Wahl stattfindet, alle Mitglieder der Universität, die zu dieser Wahl wahlberechtigt sind, in ein Wählerverzeichnis eintragen zu lassen.
- (3) Das Wählerverzeichnis ist nach Gruppen und bei deren Aufgliederung nach Wahlbereichen sowie nach Fachbereichen zu gliedern. Personen einer Gruppe, die keinem Fachbereich zuzuordnen sind, werden gesondert aufgeführt. Das Wählerverzeichnis muss den Familiennamen und den Vornamen der Wahlberechtigten nennen. Weitere Angaben (z. B. Anschrift, Matrikelnummer, Studiengang oder Tätigkeitsbereich) sind aufzuführen, wenn das notwendig ist, um Verwechslungen auszuschließen.
- (4) Personen, die mehreren Gruppen und bei deren Aufgliederung mehreren Wahlbereichen oder mehreren Fachbereichen angehören, können durch eine Zugehörigkeitserklärung gegenüber der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter bestimmen, in welcher Gruppe, in welchem Wahlbereich oder in welchem Fachbereich er sein bzw. sie ihr Wahlrecht ausüben will. Die überwiegend für einen Fachbereich tätigen Personen in den Teilbibliotheken und in vergleichbaren Einrichtungen sind in diesem Fachbereich als wahlberechtigt einzutragen. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter kann unter Fristsetzung zur Abgabe einer Zugehörigkeitserklärung auffordern und bis dahin die Eintragung in das Wählerverzeichnis aussetzen. Liegt nach Ablauf der Frist eine Zugehörigkeitserklärung nicht vor, kann die Wahlleiterin oder der Wahlleiter die Zuordnung nach ihrem oder seinem Ermessen vornehmen; Entsprechendes gilt, wenn eine Aufforderung nach Satz 3 nicht ergangen ist. Ein Antrag auf nachträgliche Eintragung (§ 6) gilt als Zugehörigkeitserklärung.
- (5) Das Wählerverzeichnis ist in Ausfertigungen oder Auszügen zusammen mit dem Text der Wahlordnung mindestens an einer Stelle in der Technischen Universität zur Einsichtnahme auszulegen. In der Wahlausschreibung sind die Wahlberechtigten unter Mitteilung des Auslegungszeitraums und des Auslegungsortes zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis aufzufordern; dabei ist auf die Absätze 1, 4, 6, 7 und 8 sowie auf § 6 Abs. 1, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abzdrukken sind, hinzuweisen. Der Auslegungszeitraum muss mindestens die Woche nach Bekanntgabe der Wahlausschreibung umfassen.

(6) Gegen den Inhalt der Eintragung oder gegen eine Nichteintragung in das Wählerverzeichnis kann jede Wahlberechtigte oder jeder Wahlberechtigte schriftlich Einspruch bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter oder bei den von ihr beziehungsweise ihm benannten Stellen einlegen. Wird gegen die Eintragung Dritter Einspruch erhoben, sind diese von der Wahlleitung über den Einspruch zu unterrichten und im weiteren Verfahren zu beteiligen. Die Einspruchsfrist darf frühestens acht Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraums, aber nicht vor Ablauf des Auslegungszeitraums enden und ist mit den Stellen, bei denen der Einspruch einzureichen ist, in der Wahlausschreibung bekanntzugeben. Legt eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter wegen einer Eintragung, die sie oder ihn selbst betrifft, Einspruch ein, so kann die Wahlleiterin oder der Wahlleiter dem Einspruch durch eine vorläufige Entscheidung abhelfen. Der Wahlausschuss soll spätestens am dritten Vorlesungstage nach Ablauf der Einspruchsfrist zur endgültigen Entscheidung über die Einsprüche zusammentreten. Wird durch den Wahlausschuss nicht lediglich die dem Einspruch abhelfende Entscheidung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters bestätigt, ist die Entscheidung des Wahlausschusses dem Einspruch erhebenden Mitglied oder der oder dem Einspruch erhebenden Angehörigen der Universität, sowie den zu beteiligenden Dritten mitzuteilen.

(7) Nach der Entscheidung über die Einsprüche stellt der Wahlausschuss das Wählerverzeichnis fest. Das festgestellte Wählerverzeichnis ist die maßgebliche Grundlage für den Nachweis der Wählbarkeit. Wer Hochschulmitglied nach Ablauf der Einspruchsfrist wird, ist nicht wählbar.

(8) In das Wählerverzeichnis kann auch nach Beendigung der Auslegungsfrist jedes Mitglied der Technischen Universität Einblick nehmen.

(9) Nach-, Ergänzungs- und Neuwahlen können auf Grund eines im selben Semester festgestellten Wählerverzeichnisses ohne Auslegung und Einspruchsverfahren stattfinden. Nachträgliche Eintragungen nach § 6 bleiben möglich.

§ 6**Nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis**

(1) Für die Ausübung des aktiven Wahlrechts ist das festgestellte Wählerverzeichnis von Amts wegen oder auf Grund von Anträgen, die bis zu einem in der Wahlbekanntmachung festgesetzten Zeitpunkt eingehen, durch nachträgliche Eintragungen fort zu schreiben. Die Frist für nachträgliche Eintragungen darf frühestens mit dem siebenten Tage vor Beginn des Wahlzeitraums enden. Wer nach Ablauf dieser Frist der Technischen Universität wird, ist nicht wahlberechtigt. Die nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis kann auch die Änderung der Gruppen- oder Fachbereichszugehörigkeit betreffen.

(2) Über die nachträgliche Eintragung entscheidet die Wahlleiterin oder der Wahlleiter. Der Wahlausschuss ist über die nachträglichen Eintragungen zu unterrichten. Dieser kann die Entscheidung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters durch eine eigene Entscheidung aufheben und ersetzen.

(3) Über die nachträgliche Eintragung kann die Wahlleiterin oder der Wahlleiter den betreffenden Wahlberechtigten einen Wahlschein erteilen, wenn das für den Nachweis der Wahlberechtigung bei der Abstimmung zweckmäßig ist. Der Wahlschein muss die Gruppe und bei deren Aufgliederung den Wahlbereich sowie den Fachbereich und alle übrigen Angaben des Wählerverzeichnisses über die beziehungsweise den Wahlberechtigten enthalten.

(4) Das Wählerverzeichnis kann von der Wahlleiterin oder vom Wahlleiter jederzeit berichtigt werden, wenn es unwesentliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Die Berichtigung ist als solche kenntlich zu machen und mit Datum und Unterschrift der Wahlleiterin oder des Wahlleiters oder einer beauftragten Person zu versehen.

§ 7**Wahlbenachrichtigung**

Für die Wahlberechtigten werden als Nachweis der Wahlberechtigung Wahlbenachrichtigungskarten erstellt, die zugleich einen Vordruck für einen Antrag auf Übersendung der Briefwahlunterlagen enthalten. Den Mitgliedern wird die Wahlbenachrichtigung durch Hauspost zugesandt. Durch Beschluss des Wahlausschusses kann auf die Übersendung von Wahlbenachrichtigungen verzichtet werden.

§ 8**Wahlausschreibung**

(1) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat die Wahlen durch eine Wahlausschreibung öffentlich bekanntzumachen. Die Wahlausschreibung muss angeben:

1. die zu wählenden Organe, Gremien und Kommissionen,
2. den vom Wahlausschuss festgelegten Wahlzeitraum,
3. die Aufforderung zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis nach § 5 Abs. 5 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch einzulegen, auf die Einspruchsfrist sowie auf Ort und Zeit für die Abgabe von Einsprüchen,
4. die Frist für nachträgliche Eintragungen nach § 6 Abs. 1,
5. die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen nach § 9 Abs. 2 und 3 unter Angabe der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Sitze und der Wahlbereiche.

(2) Mit der Wahlausschreibung können andere öffentliche Bekanntmachungen verbunden werden, insbesondere

1. die Bildung örtlicher Wahlorgane, die ihnen übertragenen Aufgaben und ihre Zuständigkeitsbereiche,
2. die Aufgliederung von Gruppen in mehrere Wahlbereiche,
3. die Form öffentlicher Bekanntmachungen nach § 21,
4. der Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl,

(3) Die Wahlausschreibung kann in Teilen nacheinander veröffentlicht werden. Alle nach Absatz 1 notwendigen Bekanntmachungen sollen fünf Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraums öffentlich bekanntgemacht sein.

§ 9**Einreichung von Wahlvorschlägen**

(1) Der Wahl liegen Wahlvorschläge zugrunde, die mehrere Bewerberinnen oder Bewerber (Listenwahlvorschläge) oder eine Bewerberin oder einen Bewerber (Einzelwahlvorschläge) benennen können. Jeder Wahlvorschlag darf sich nur auf die Wahl eines Organs, Gremiums oder einer Kommission und auf einen Wahlbereich beziehen.

(2) Die Wahlvorschläge sind bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter einzureichen. Die Einreichungsfrist darf nicht vor einer Woche nach Bekanntmachung der Wahlausschreibung und nicht später als zwei Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraums enden.

(3) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat in der Wahlausschreibung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern. Dabei ist die Einreichungsfrist und die Stelle für die Einreichung von Wahlvorschlägen anzugeben. Auf die Vorschriften der Absätze 1, 2, 4 bis 8 und des § 10 Abs. 1 und 3 über Form und Inhalt von Wahlvorschlägen, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abgedruckt sind, ist hinzuweisen.

(4) Die Bewerberinnen oder Bewerber müssen in den Wahlbereichen, in denen sie aufgestellt sind, wahlberechtigt sein. Die Wahlberechtigung kann nur durch das festgestellte Wählerverzeichnis nachgewiesen werden. Jede Bewerberin oder jeder Bewerber darf für die Wahl desselben Organs, Gremiums oder derselben Kommission nur auf je einem Wahlvorschlag benannt werden. Gehen bei der Wahlleitung mehrere mit Einverständnis der Bewerberin oder des Bewerbers gemachte Wahlvorschläge für dasselbe Organ, Gremium oder dieselbe Kommission ein, gilt nur der Wahlvorschlag, der von der Bewerberin oder dem Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge benannt wird. Erfolgt keine Benennung, so gilt der zuletzt eingereichte Wahlvorschlag; bei gleichzeitigem Eingang der Wahlvorschläge entscheidet das Los entsprechend § 13 Abs. 2 Satz 2.

(5) Der Wahlvorschlag muss die Bewerberinnen oder Bewerber in einer deutlichen Reihenfolge mit Namen, Vornamen, Fachbereichszugehörigkeit oder Angabe des Bereichs, in dem eine Bewerberin oder ein Bewerber tätig ist, aufführen. Anschrift, Geburtsdatum, Amtsbezeichnung, Titel, Studiengang und Tätigkeitsbereich können hinzugefügt werden; sie sind auf Anforderung der Wahlleiterin oder des Wahlleiters auch noch nach Zulassung des Wahlvorschlags hinzuzufügen, wenn das notwendig ist, um Verwechslungen zu verhindern. Der Wahlvorschlag muss die Erklärung enthalten, dass alle Bewerberinnen oder Bewerber mit der Kandidatur einverstanden sind und für den Fall ihrer Wahl diese annehmen wollen. Der Wahlvorschlag ist von allen Bewerberinnen oder Bewerbern eigenhändig zu unterzeichnen. Es kann ein Kennwort (Listenbezeichnung) angegeben werden, unter dem der Wahlvorschlag in der Wahlbekanntmachung und auf dem Stimmzettel geführt werden soll.

(6) In jedem Wahlvorschlag soll eine Vertrauensperson unter Angabe ihrer Anschrift und möglichst auch ihrer Fernsprechnummer und ihrer email Adresse benannt werden. Diese muss Universitätsmitglied, nicht aber selbst Bewerberin oder Bewerber sein. Falls keine besondere Benennung erfolgt, gilt die Übersenderin oder der Übersender des Wahlvorschlags als Vertrauensperson. In allen sonstigen Fällen ist die Bewerberin oder der Bewerber des Wahlvorschlags die Vertrauensperson, die an erster Stelle des Wahlvorschlags genannt ist. Die Vertrauensperson ist in Vertretung der Bewerberinnen und Bewerber des Listenwahlvorschlags zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber den Wahlorganen berechtigt. Neben ihr sind die einzelnen Bewerberinnen oder Bewerber zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber den Wahlorganen berechtigt, soweit nur sie selbst betroffen sind.

(7) Für den Fall einer Listenwahl können die Bewerberinnen oder Bewerber von Einzelwahlvorschlägen eines Wahlbereichs auf Grund gemeinsamer Erklärungen gegenüber der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eine Listenverbindung eingehen. Die entsprechenden Erklärungen müssen spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bei der Wahlleitung eingegangen sein. Wahlvorschläge, die verschiedene Wahlbereiche einer Gruppe betreffen, können Listenverbindungen durch übereinstimmende Erklärungen in den Wahlvorschlägen ergeben.

(8) Die wahlberechtigten Universitätsmitglieder haben das Recht, eingegangene Wahlvorschläge zu den üblichen Dienststunden bei der von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter bestimmten Stelle einzusehen.

§ 10

Zulassung der Wahlvorschläge

(1) Durch die Wahlleitung werden auf jedem Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs vermerkt. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter prüft die Wahlvorschläge auf ihre Ordnungsmäßigkeit sowie Vollständigkeit und weist auf eventuelle Mängel hin. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Wahlvorschläge zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden.

(2) Der Wahlausschuss soll spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Einreichungsfrist über die Zulassung oder Nichtzulassung der Wahlvorschläge entscheiden.

(3) Nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge, die

1. nicht bis zum festgesetzten Termin eingereicht sind,
2. nicht erkennen lassen, für welche Wahl oder für welchen Wahlbereich sie bestimmt sind,
3. die Bewerberinnen oder die Bewerber nicht eindeutig bezeichnen,
4. die Einverständniserklärungen oder Unterschriften der Bewerberinnen oder Bewerber nicht enthalten,
5. Personen aufführen, die nach dem festgestellten Wählerverzeichnis im betreffenden Wahlbereich nicht wählbar sind,
6. Bedingungen oder Einschränkungen enthalten.

Soweit die Nichtzulassungsgründe sich nur auf einzelne Bewerberinnen oder Bewerber eines Listenwahlvorschlags beziehen, sind nur diese nicht zuzulassen und aus dem Wahlvorschlag zu streichen.

(4) Lässt der Wahlausschuss einen Wahlvorschlag ganz oder teilweise nicht zu, so wird die Vertrauensperson des Wahlvorschlags hierüber unverzüglich durch die Wahlleitung schriftlich unter Angabe der Gründe unterrichtet.

§ 11

Entscheidung der Wahlorgane für die Wahlbekanntmachung

(1) Liegen für eine Gruppe nur Einzelwahlvorschläge oder nur ein Listenwahlvorschlag vor oder ist nur ein Mitglied zu wählen, so stellt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter fest, dass in der betreffenden Gruppe nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen ist. In allen anderen Fällen findet Listenwahl statt.

(2) Der Wahlausschuss legt auf Vorschlag der Wahlleitung die Wahlräume und die Tageszeiten fest, zu denen während des Wahlzeitraums die Stimmabgabe möglich ist.

(3) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung diese ganz oder teilweise zu wiederholen, insbesondere erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen für einzelne Wahlbereiche aufzufordern, wenn

1. die Zahl der Bewerberinnen oder Bewerber aller Wahlvorschläge einer Gruppe die Zahl der Sitze dieser Gruppe unterschreitet oder
2. sonst eine Nachwahl nach § 19 Abs. 1 notwendig würde.

Die bisher eingereichten zugelassenen Wahlvorschläge brauchen nicht nochmals eingereicht zu werden, können aber innerhalb der neuen Wahlvorschlagsfrist geändert werden. Im Falle des Satzes 1 Nr. 1 ist nur einmal durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern; mit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen ist der Hinweis zu verbinden, dass die Wahl nur durchgeführt wird, wenn die Zahl der Bewerberinnen oder Bewerber mehr als die Hälfte der Zahl der zu wählenden Mitglieder beträgt.

Wird in einem Wahlbereich keine Wahl durchgeführt, insbesondere aus Mangel an Bewerberinnen oder Bewerbern, bleiben die der jeweiligen Gruppe zustehenden Sitze in diesem Organ, Gremium oder dieser Kommission unbesetzt.

§ 12

Wahlbekanntmachung

(1) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter veröffentlicht in der Wahlbekanntmachung

1. die Aufforderung zur Stimmabgabe mit dem Hinweis auf den Wahlzeitraum, die Wahlräume und auf die Tageszeiten für die Stimmabgabe,
2. die Regelungen für die Stimmabgabe und die Briefwahl mit Angabe der Frist für Briefwahlanträge und mit einem Hinweis auf die §§ 13 bis 15, die als Anlage der Wahlbekanntmachung abzdrukken sind,
3. die zugelassenen Wahlvorschläge,
4. die Feststellungen der Wahlleiterin oder des Wahlleiters nach § 11 Abs. 1.

(2) Die Wahlbekanntmachung soll mindestens eine Woche vor dem ersten Tag des Wahlzeitraums öffentlich bekanntgemacht werden. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung nach § 21 durch Aushang, so darf der Aushang erst nach Ablauf der für die Durchführung der Wahl festgesetzten Zeit enden.

§ 13

Stimmzettel

(1) Die Stimmzettel sind gesondert für die Wahl jedes Organs, jedes Gremiums und jeder Kommission sowie getrennt für jeden Wahlbereich herzustellen und müssen eine entsprechende Überschrift tragen. Bei Wahlvorschlägen, die mit einem Kennwort versehen sind, ist das Kennwort auf dem Stimmzettel anzugeben. Die Stimmzettel sind mit dem Dienstsiegel der Technischen Universität zu versehen. Das Dienstsiegel kann gedruckt sein.

(2) Bei Listenwahl sind auf dem Stimmzettel die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs abzudrucken. Bei gleichzeitigem Eingang entscheidet das durch die Wahlleiterin oder den Wahlleiter zu ziehende Los. Innerhalb eines Listenwahlvorschlags sind die Namen und Vornamen der Bewerberinnen oder Bewerber entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. Der Stimmzettel muss Raum für das Ankreuzen der einzelnen Bewerberinnen oder Bewerber des Listenwahlvorschlags vorsehen.

(3) Bei Mehrheitswahl sind alle Bewerberinnen oder Bewerber auf dem Stimmzettel in alphabetischer Reihenfolge und gegebenenfalls mit dem Kennwort als Zusatz aufzuführen. Bei jeder Bewerberin oder jedem Bewerber ist Raum für das Ankreuzen vorzusehen.

(4) Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, wieviele Bewerberinnen oder Bewerber höchstens anzukreuzen sind. Bei Listenwahl ist zusätzlich darauf hinzuweisen, dass die Stimme für eine Bewerberin oder einen Bewerber auch zugunsten der gesamten Liste gezählt wird.

III. Wahlhandlung und Wahlergebnis

§ 14

Stimmabgabe

(1) Die Stimmabgabe durch die wahlberechtigten Mitglieder der Universität erfolgt in der Weise, dass die Stimme auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder auf andere Weise an der neben dem Namen jeder Bewerberin oder jeden Bewerbers dafür vorgesehenen Stelle persönlich abgegeben wird. Bei Listenwahl hat jede Wählerin oder jeder Wähler nur eine Stimme. Bei Mehrheitswahl in einem Wahlbereich können so viele Bewerberinnen oder Bewerber gewählt werden, wie Sitze auf die Gruppe in diesem Wahlbereich entfallen; Stimmenhäufung auf eine Bewerberin oder einen Bewerber ist unwirksam.

(2) Es ist sicherzustellen, dass jede Wählerin oder jeder Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnet und abgibt. Entsprechende Vorkehrungen werden von der Wahlleitung in Abstimmung mit dem Wahlausschuss und den örtlichen Wahlausschüssen getroffen. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe sind die leeren Wahlurnen so zu verschließen, dass die gefalteten Stimmzettel nur durch einen Spalt in den Deckel eingeworfen werden können. Für die einzelnen Wahlbereiche sind getrennte Wahlurnen zu verwenden, es sei denn, dass die äußere Kennzeichnung der Stimmzettel Verwechslungen ausschließt.

(3) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei Aufsichtführende im Wahlraum anwesend sein. Aufsichtführende sind: Mitglieder des Wahlausschusses oder der örtlichen Wahlausschüsse oder die Wahlleiterin oder der Wahlleiter sowie sonstige Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer, denen diese Aufgabe übertragen wurde. Die Aufsichtführenden sollen verschiedenen Gruppen angehören. Ein Exemplar dieser Ordnung soll zur Einsichtnahme im Wahlraum ausliegen.

(4) Vor Abgabe des Stimmzettels haben die Aufsichtführenden festzustellen, ob die Wahlberechtigte oder der Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Die Stimmabgabe ist in einer Ausfertigung oder in einem Auszug des Wählerverzeichnisses zu vermerken. Wenn die Wahlberechtigung durch einen Wahlschein nachgewiesen wird, ist dieser mit dem Vermerk, dass das Wahlrecht ausgeübt ist, zu den Wahlunterlagen zu nehmen. Die wahlberechtigten Mitglieder und Angehörigen der Universität haben sich auf Verlangen der Aufsichtführenden durch einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild ausweisen.

(5) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Ergebnis nicht unmittelbar nach Stimmabgabe festgestellt, ist die Wahlurne zu verschließen. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter stellt im Benehmen mit den Aufsichtführenden sicher, dass die Wahlurne bei einem sich über mehrere Tage erstreckenden Wahlzeitraum jeweils außerhalb der Abstimmungszeit verwahrt werden. Zu Beginn und bei Wiedereröffnung der Wahl und bei der Entnahme der Stimmzettel zur Auszählung haben sich mindestens zwei Aufsichtführende davon zu überzeugen, dass der Verschluss der Wahlurnen unversehrt ist.

(6) Der Wahlraum muss allen Wahlberechtigten zugänglich sein. Im Wahlraum ist jede Beeinflussung der Wählerinnen oder Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild verboten. Das gilt nicht für Bekanntmachungen der Wahlorgane. Die Aufsichtführenden ordnen bei Andrang den Zutritt zum Wahlraum und sorgen dafür, dass während der Wahlhandlung jede unzulässige Wahlbeeinflussung unterbleibt.

(7) Nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Tageszeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich zu diesem Zeitraum im Wahlraum befinden. Der Zutritt zum Wahlraum ist solange zu sperren, bis die anwesenden Wählerinnen oder Wähler ihre Stimmen abgegeben haben.

§ 15**Briefwahl**

(1) Auf Antrag, der bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter zu stellen ist, können wahlberechtigte Mitglieder der Universität von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen. Der Briefwahantrag ist innerhalb der durch die Wahlbekanntmachung gesetzten Frist bei der Wahlleitung persönlich oder schriftlich zu stellen. Die Frist darf frühestens mit dem siebenten Tag vor Beginn des Wahlzeitraums enden. Zur Überprüfung der Wahlberechtigung kann die Vorlage eines amtlichen Ausweises verlangt werden. Nachdem in das Wählerverzeichnis ein Briefwahlvermerk aufgenommen ist, sind die Briefwahlunterlagen auszuhändigen oder zuzusenden. Briefwahlunterlagen sind:

- die Stimmzettel mit je einem Stimmzettelumschlag, der das zu wählende Organ, Gremium oder die Kommission erkennen lässt,
- der Wahlbrief,
- die Briefwählerläuterung und
- der Vordruck für die Erklärung gemäß Absatz 2.

Einer anderen Person als der Wahlberechtigten oder dem Wahlberechtigten persönlich dürfen die Briefwahlunterlagen nur ausgehändigt oder zugesandt werden, wenn eine schriftliche Empfangsvollmacht übergeben wird.

(2) Für die Briefwahl gilt folgende Briefwahlregelung:

Bei der Briefwahl wird die Stimme in der Weise abgegeben, dass für jede Wahl ein Stimmzettel von der Wählerin oder dem Wähler persönlich und unbeobachtet gekennzeichnet und in dem dafür vorgesehenen Stimmzettelumschlag verschlossen wird. Die Briefwählerin oder der Briefwähler hat durch Erklärung diese Verfahrensweise zu bestätigen. Diese Erklärung ist zusammen mit den Stimmzettelumschlägen persönlich bei der Wahlleitung abzugeben oder im Wahlbriefumschlag zuzusenden.

(3) Die Stimmabgabe ist rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief bei der Wahlleitung bis zum Ablauf der in der Wahlbekanntmachung festgesetzten Tageszeit zugegangen ist. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, bei Eingang am letzten Wahltag auch die Uhrzeit zu vermerken. Verspätet eingehende Wahlbriefumschläge hat der Wahlleiter mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen.

(4) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter hat dafür Sorge zu tragen, dass in Gegenwart von mindestens zwei Aufsichtführenden während des Wahlzeitraums die ordnungsgemäße Briefwahl geprüft und im Wählerverzeichnis vermerkt wird und dass die Stimmzettel ohne Einsichtnahme in eine allgemein verwendete Wahlurne gebracht werden.

(5) Die Stimmzettel sind nicht in die Wahlurne zu bringen und eine Stimme gilt als nicht abgegeben, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. die Wählerin oder der Wähler im Wählerverzeichnis nicht mit einem Briefwahlvermerk gekennzeichnet ist,
3. die Briefwählerin oder der Briefwähler gegen die Briefwahlregelung (Abs. 2) verstoßen hat.

(6) Für den nationalen Postverkehr werden die Portokosten für die Wahlbriefe von der Universität getragen.

§ 16

Allgemeines Wahlscheinverfahren

(1) Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter kann bestimmen, dass auf Grund des Wählerverzeichnisses die Wahlberechtigten einzelner oder aller Gruppen einen Wahlschein zum unmittelbaren Nachweis der Wahlberechtigung erhalten (allgemeines Wahlscheinverfahren). Die Entscheidung ist öffentlich bekanntzumachen. In der Wahlbekanntmachung sind die besonderen Regelungen für das allgemeine Wahlscheinverfahren durch Hinweis auf diese Bestimmungen, die in einer Anlage abzdrukken sind, mitzuteilen. Die Eintragungen im Wählerverzeichnis müssen eine fortlaufende Numerierung erhalten, die in den ausgegebenen Wahlscheinen eingetragen wird. Im übrigen gilt § 6 Abs. 3 Satz 2.

(2) Beim allgemeinen Wahlscheinverfahren kann die Wahlscheininhaberin oder der Wahlscheininhaber ihre oder seine Stimme auch in anderen vom Wahlausschuss bestimmten Wahlräumen abgeben. Dabei kann die Identität der oder des Abstimmenden mit der oder dem auf Grund des Wahlscheins Wahlberechtigten durch Vorlage eines amtlichen Ausweises mit Lichtbild geprüft werden. Die Stimmabgabe ist auf dem Wahlschein zu vermerken, der zu den Wahlunterlagen zu nehmen ist.

(3) Der Verlust eines Wahlscheins ist beim allgemeinen Wahlscheinverfahren der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter anzuzeigen. Ein Zweitwahlschein darf ausgestellt werden, wenn die oder der Wahlberechtigte schriftlich erklärt, dass sie oder er den Wahlschein nicht erhalten hat oder dass dieser ihr oder ihm abhanden gekommen ist und dass sie oder er das Wahlrecht noch nicht ausgeübt hat. Werden abhanden gekommene Wahlscheine wieder aufgefunden, so sind sie bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter abzugeben.

§ 17

Auszählung

(1) Der Wahlausschuss oder die örtlichen Wahlausschüsse haben unverzüglich nach Abschluss der Stimmabgabe die in ihrem Bereich abgegebenen Stimmen unter Hinzuziehung von Wahlhelferinnen oder Wahlhelfern zu zählen. Zunächst ist die Zahl der in den Urnen enthaltenen Stimmzettel - gesondert nach Wahlbereichen - mit der Zahl der Stimmabgaben zu vergleichen, die in einer Ausfertigung oder in einem Auszug des Wählerverzeichnis vermerkt sind. Ist die Zahl der Stimmzettel höher als die der vermerkten Stimmabgaben, so hat der Wahlausschuss bei der Feststellung des Wahlergebnisses festzustellen, ob die Zahl der unzulässig abgegebenen Stimmzettel Einfluss auf die Sitzverteilung gehabt haben könnte. Ist eine solche Beeinflussung des Wahlergebnisses denkbar, ist nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 und 3 zu verfahren.

(2) Die auf jeden Wahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen werden zusammengezählt. Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht als amtlich erkennbar ist,
2. keinen Stimmabgabevermerk enthält,
3. den Willen der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
4. einen Vorbehalt enthält oder durch einen Zusatz gegen den Grundsatz der geheimen Wahl verstößt.

(3) Der Wahlausschuss entscheidet in Zweifelsfällen, ob und wie der Stimmzettel zu zählen ist, und bestätigt oder berichtigt entsprechend dieser Entscheidung das Zählergebnis. Diese Stimmzettel sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

(4) Nach Abschluss der Auszählung sind die Niederschriften über die Wahlhandlung und die Auszählung sowie die Ausfertigungen oder Auszüge aus dem Wählerverzeichnis, die Wahlscheine und die Stimmzettel unverzüglich der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter oder einer beauftragten Person zur Weiterleitung an den Wahlausschuss zu übergeben.

§ 18

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlausschuss stellt auf Grund der Zählergebnisse, die er überprüfen kann, als Wahlergebnis gesondert für jeden Wahlbereich fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
4. die Zahl der gültigen Stimmen,
5. die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt und auf die einzelnen Bewerberinnen oder Bewerber entfallen sind,
6. die gewählten Vertreterinnen oder Vertreter und Ersatzleute,
7. das Zustandekommen oder Nicht-Zustandekommen der Wahl.

(2) Bei Listenwahl werden die einer Gruppe in dem jeweiligen Wahlbereich zustehenden Sitze den einzelnen Wahlvorschlägen nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung usw. der Zahl der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen ergeben (d' Hondt). Die danach einem Listenwahlvorschlag zustehenden Sitze erhalten die Bewerberinnen oder Bewerber dieses Wahlvorschlags, die die höchste Stimmenzahl erreicht haben, nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl. Sind auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen, als Bewerberinnen oder Bewerber benannt sind, so werden die freien Sitze unter Fortführung der Berechnung nach Satz 1 auf die übrigen Wahlvorschläge verteilt. Bewerberinnen oder Bewerber eines Listenwahlvorschlags, die keinen Sitz erhalten, sind nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzleute und rücken für die gewählten Bewerberinnen oder Bewerber nach, wenn diese vorzeitig aus dem betreffenden Organ, Gremium oder der Kommission ausscheiden.

Bei gleicher Stimmenzahl und wenn auf mehrere Bewerberinnen oder Bewerber keine Stimme entfallen ist, entscheidet die Reihenfolge innerhalb eines Listenwahlvorschlags. Ist eine Liste ausgeschöpft, so rückt eine Bewerberin oder Bewerber des Wahlvorschlags nach, auf den bei Fortführung der Berechnung nach Satz 1 ein weiterer Sitz entfallen würde.

(3) Listenverbindungen sind als Listenwahlvorschlag zu behandeln. Die einer Listenverbindung zustehenden Sitze werden im Falle des § 9 Abs. 7 Satz 3 den einzelnen beteiligten Wahlvorschlägen nach Absatz 2 Satz 1 zugeteilt, bei gleicher Höchstzahl hat der Wahlvorschlag den Vorrang, der sonst keinen Sitz erhielte; innerhalb der beteiligten Listenwahlvorschläge gilt Absatz 2 Satz 2 bis 6. Bei gleicher Stimmenzahl für mehrere Bewerberinnen oder Bewerber einer Listenverbindung nach § 9 Abs. 7 Satz 1 entscheidet das Los.

(4) Bei Mehrheitswahl werden die der Gruppe in dem jeweiligen Wahlbereich zustehenden Sitze auf die Bewerberinnen oder Bewerber nach der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen mit der höchsten Stimmenzahl beginnend verteilt. In gleicher Weise werden die Ersatzleute bestimmt. Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(5) Wahlvorschläge, die keine Stimme erhalten haben, sind bei der Sitzverteilung und beim Nachrücken nicht zu berücksichtigen. Wenn in den Fällen der Absätze 2 bis 4 gleiche Höchstzahlen oder Stimmenzahlen vorliegen, entscheidet, wenn nichts anderes bestimmt ist, das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los.

(6) Die Wahlen sind für das gesamte Organ, Gremium oder die Kommission zustande gekommen, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder gewählt worden ist; sie ist für eine Gruppe eines Organs, Gremiums oder einer Kommission zustande gekommen, wenn mehr als die Hälfte der Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe gewählt worden ist. Soweit eine Wahl nicht zustande gekommen ist, sind die Geschäfte bis zum Beginn einer neuen Amtszeit fortzuführen.

(7) Der Wahlausschuss hat das Wahlergebnis der Wahl zu den Organen, Gremien und Kommissionen festzustellen. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter macht das Wahlergebnis unverzüglich öffentlich bekannt; dabei ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, nach § 22 Abs. 1 Einspruch einzulegen, unter Angabe der Einspruchsfrist und der Stelle, bei der Einspruch einzulegen ist. Die gewählten Mitglieder und die Ersatzleute im Falle ihres Nachrückens sind von der Wahlleitung schriftlich zu benachrichtigen.

IV. Nach-, Ergänzungs- und Neuwahl

§ 19

Nach-, Ergänzungs- und Neuwahl

(1) Eine Nachwahl findet statt, wenn

1. in einzelnen Gruppen eine Wahl nicht durchgeführt worden ist, weil die Zahl der Wahlberechtigten zunächst die Zahl der zu besetzenden Sitze nicht überstieg, wenn jedoch am Ende des Wahlzeitraums die Zahl der Wahlberechtigten über die Zahl der der Gruppe zustehenden Sitze gestiegen ist;
2. in einzelnen Wahlbereichen die Wahl nicht durchgeführt worden ist, weil das Wahlverfahren auf Grund eines Beschlusses des Wahlausschusses wegen eines Verstoßes gegen Wahlrechtsvorschriften unterbrochen ist;
3. Verstöße gegen Wahlrechtsvorschriften sich auf das Wahlergebnis ausgewirkt haben oder ausgewirkt haben können;
4. nach der Feststellung des Wahlergebnisses die Wahl nicht zustande gekommen ist oder wenn aus anderen Gründen nicht alle Sitze einer Gruppe besetzt werden können; es sei denn, dass bereits eine Nachwahl oder eine Wiederholung der Wahlausschreibung erfolgt ist und eine weitere Nachwahl kein anderes Ergebnis verspricht.

Wenn eine Nachwahl notwendig ist, stellt dies der Wahlausschuss fest; zugleich bestimmt er, auf welche Wahlbereiche die Nachwahl sich erstreckt. Dieser Beschluss ist in der erneuten Wahlausschreibung öffentlich bekanntzumachen. Die Nachwahl kann vor Abschluss der verbundenen Wahl vorbereitet werden.

(2) Eine Ergänzungswahl findet statt, wenn während der Amtszeit eines Organs, eines Gremiums oder einer Kommission eines seiner Mitglieder ausscheidet und keine Ersatzleute mehr nachrücken können. Eine entsprechende Feststellung hat das betreffende Organ, Gremium oder die Kommission zu treffen. Auf eine Ergänzungswahl kann verzichtet werden, wenn die Zahl der Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter in dem Organ, dem Gremium oder der Kommission mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Zahl beträgt oder wenn nur noch eine Sitzung des Organs, Gremiums oder der Kommission in der laufenden Wahlperiode zu erwarten ist. Der Verzicht auf die Ergänzungswahl muss von den Senatsmitgliedern der betroffenen Gruppe, mit einer Dreiviertel-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.

(3) Für Nach- und Ergänzungswahlen gelten die für die verbundenen Wahlen von Organen, Gremien und Kommissionen getroffenen Regelungen. Der Wahlausschuss kann im Einzelfall durch Beschluss, der öffentlich bekannt zu machen ist, davon abweichende Bestimmungen über Fristen und andere Zeitbestimmungen sowie über Bekanntmachungen treffen, soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von der Wahlausschreibung und Wahlbekanntmachung Kenntnis zu nehmen sowie Einsprüche und Vorschläge einzureichen. Die Abstimmung kann in einer Wahlversammlung erfolgen. Die Nach- und die Ergänzungswahlen erstrecken sich auf alle Sitze, die der betroffenen Gruppe in dem Organ, dem Gremium oder der Kommission zustehen. Das Mandat der übrigen Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe erlischt erst, wenn das Organ, das Gremium oder die Kommission nach der Feststellung des Ergebnisses der Nach- oder der Ergänzungswahl das erste Mal zusammen tritt.

(4) Eine Neuwahl findet statt, wenn ein Organ, ein Gremium oder eine Kommission aufgelöst ist. In diesem Fall erstreckt sich die Wahl auf alle Wahlbereiche; im übrigen ist Absatz 3 entsprechend anzuwenden. Ein Verzicht auf die Neuwahl ist nicht möglich. Findet die Neuwahl später als 18 Monate nach Beginn der regelmäßigen Amtszeit der Mitglieder des aufgelösten Organs, Gremiums oder der Kommission statt, so entfällt die Wahl für dieses Organ, Gremium oder die Kommission bei der nächsten verbundenen Wahl. In diesem Fall ist in der Wahlausschreibung und der Wahlbekanntmachung zur Neuwahl darauf hinzuweisen, dass abweichend von der regelmäßigen Amtszeit die Mitglieder im neu gewählten Organ, im neu gewählten Gremium oder in der neu gewählten Kommission bis zur übernächsten verbundenen Wahl amtieren werden.

V. Niederschriften, Fristen und Veröffentlichung

§ 20

Niederschriften

(1) Niederschriften sind zu fertigen über Sitzungen des Wahlausschusses und der örtlichen Wahlausschüsse sowie über den Gang der Wahlhandlung.

(2) Die Niederschrift muss Ort und Zeit der Sitzung beziehungsweise Wahlhandlung, die Namen der an der Sitzung teilnehmenden Personen und der Aufsichtführenden mit der Zeit ihrer Anwesenheit, die Tagesordnung, den Verlauf der Sitzung oder Wahlhandlung und alle Beschlüsse, Zähl- und Wahlergebnisse und besonderen Vorkommnisse enthalten. Die Niederschriften sind von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden und der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter beziehungsweise einer beauftragten Person zu unterzeichnen. Ist eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender nicht vorgesehen oder nicht anwesend, so unterzeichnen an seiner Stelle zwei an der Sitzung teilnehmende Personen oder Aufsichtführende.

(3) Die Stimmzettel, Wahlbenachrichtigungen und sonstigen Wahlunterlagen sind nach Feststellung des Wahlergebnisses zu bündeln und der Niederschrift über die Wahlhandlung und Auszählung beizufügen.

(4) Die Niederschriften nebst Anlagen werden durch die Wahlleitung aufbewahrt. Die Wahlunterlagen dürfen erst nach Ablauf der Wahlperiode vernichtet werden. Die Vernichtung ist aktenkundig zu machen.

§ 21

Fristen und öffentliche Bekanntmachungen

(1) Fristen laufen nicht ab an Tagen, die für alle von der Wahl betroffenen Bereiche der Technischen Universität vorlesungsfrei sind.

(2) Der Wahlausschuss beschließt die Form der öffentlichen Bekanntmachungen der Wahlleitung.

(3) In den Fällen, in denen die öffentlichen Bekanntmachungen der Wahlleitung durch Aushang erfolgen sollen, sind die Aushangstellen genau zu bezeichnen, insbesondere ist mindestens eine zentrale Aushangstelle vorzusehen. Bekanntmachungen, die lediglich Teilbereiche der Technischen Universität betreffen, müssen nur an den zentralen Aushangstellen der betroffenen Bereiche der Technischen Universität ausgehängt werden, sofern gesonderte Aushangstellen eingerichtet sind. Neben den zentralen Aushangstellen können zur besseren Information weitere Aushangstellen bestimmt werden.

(4) Bei Aushang gilt die öffentliche Bekanntmachung mit Ablauf des Tages als bewirkt, an dem der Aushang an allen zentralen Aushangstellen erfolgt ist. Beginnend mit diesem Zeitpunkt soll ein vorgeschriebener Aushang mindestens eine Woche dauern. Wenn in der Bekanntmachung Einspruchs-, Vorschlags- oder andere Fristen enthalten sind, darf der Aushang nicht vor Ablauf dieser Fristen beendet werden. Kurze Unterbrechungen des Aushangs, die nicht durch Wahlorgane veranlaßt werden, sind bei der Berechnung des Aushangszeitraums nicht zu berücksichtigen.

(5) Auf jeder an einer zentralen Aushangstelle ausgehängten Ausfertigung der Bekanntmachung soll die Aushangstelle sowie der Beginn und das Ende des Aushangszeitraums vermerkt werden. Diese Ausfertigung der Bekanntmachung ist mit den anderen Wahlunterlagen aufzubewahren.

(6) Soweit ein Bekanntmachungstext außerhalb der zentralen Aushangstelle ausgehängt wird, ist es ohne Einfluss auf die Wirksamkeit der öffentlichen Bekanntmachung, wenn dieser Aushang fehlerhaft ist oder unterlassen wird.

VI. Wahlprüfung

§ 22

Wahlprüfung

(1) Die Wahl kann durch schriftlichen Einspruch, der die Gründe angeben muss, binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses angefochten werden. Der Einspruch kann nicht mit der Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses begründet werden. Der Wahleinspruch ist begründet, wenn Wahlrechtsbestimmungen verletzt worden sind und diese Verletzungen zu einer fehlerhaften Feststellung der Gewählten und der Ersatzleute geführt haben oder geführt haben können. Der Wahleinspruch der Präsidentin oder des Präsidenten der Technischen Universität oder der Wahlleiterin oder des Wahlleiters ist unmittelbar an den Wahlausschuss zu richten. Der Wahleinspruch anderer Mitglieder der Universität muss damit begründet werden, dass die Wahl Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter betrifft, zu deren Wahl sie oder er wahlberechtigt ist; ein solcher Wahleinspruch ist bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter einzureichen und dort mit einer Stellungnahme zu versehen und unverzüglich dem Wahlausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Der Wahlausschuss kann von Amts wegen jederzeit eine Wahlprüfung einleiten.

(3) Erwägt der Wahlausschuss, einem Wahleinspruch stattzugeben oder ist er von Amts wegen in die Wahlprüfung eingetreten, hat er diejenigen anzuhören und am Verfahren zu beteiligen, die möglicherweise als Gewählte oder Ersatzleute von einer Entscheidung betroffen sein können. Führt der Wahleinspruch zu einer Änderung des Wahlergebnisses, stellt der Wahlausschuss das Wahlergebnis entsprechend der berichtigten Auszählung neu fest. Kann ein richtiges Wahlergebnis nicht mit Sicherheit ermittelt werden, ist entsprechend § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Sätze 2 und 3 zu verfahren.

(4) Die Entscheidung ist von der Wahlleiterin oder vom Wahlleiter dem Mitglied bzw. der Angehörigen oder dem Angehörigen der Technischen Universität, welches den Einspruch erhoben hat, sowie allen, die als Gewählte oder Ersatzleute von der Entscheidung betroffen sind, bekanntzugeben.

VII. Amtszeit, Stellvertretung und Nachrücken

§ 23

Beginn und Ende der Amtszeit; Nachrücken

(1) Die Amtszeit der Mitglieder der Organe, Gremien und Kommissionen gemäß § 1 Abs. 1 beginnt jeweils am 1. April und endet jeweils am 31. März, soweit in der Grundordnung nicht eine andere Amtszeit bestimmt ist.

(2) Im Falle einer Ergänzungswahl beginnt die Amtszeit der neu gewählten Mitglieder des Organs, des Gremiums oder der Kommission, sobald nach Feststellung des Ergebnisses der Ergänzungswahl das Organ, das Gremium oder die Kommission das erste Mal zusammentritt. Die Amtszeit der neu gewählten Mitglieder endet mit Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des Organs, des Gremiums oder der Kommission nach Absatz 1.

(3) Im Falle einer Nachwahl gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Im Falle einer Neuwahl nach Auflösung eines Organs, eines Gremiums oder einer Kommission beginnt die Amtszeit der neu gewählten Mitglieder mit dessen Zusammentritt nach Feststellung des Ergebnisses der Neuwahl. Ihre Amtszeit endet zu demselben Zeitpunkt, an dem die Amtszeit des aufgelösten Organs, Gremiums oder der Kommission geendet hätte, es sei denn, dass die Neuwahl erst nach 18 Monaten nach Beginn der regelmäßigen Amtszeit des aufgelösten Organs, Gremiums oder der Kommission stattfindet; in diesem Fall endet die Amtszeit zu dem Zeitpunkt, an dem die Amtszeit eines bei der nächsten verbundenen Wahl gewählten Organs, Gremiums oder einer Kommission enden würde.

(5) Die Amtszeit der Mitglieder, die als Ersatzleute nachrücken, beginnt mit der Feststellung des Nachrückens. Ihre Amtszeit endet mit der Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des Organs, des Gremium oder der Kommission.

(6) Abweichend von Absatz 1 sollen die neu gewählten Fachbereichsräte und Gemeinsamen Fakultäten jeweils unverzüglich nach Feststellung des Wahlergebnisses das erste Mal zusammentreten, um die Mitglieder des Dekanats oder die Vorsitzende beziehungsweise den Vorsitzenden sowie Kommissionen und Ausschüsse zu wählen.

§ 24

Stellvertretung

Die Mitglieder der Organe, Gremien und Kommissionen nach § 23 werden im Falle ihrer Verhinderung von den nicht gewählten Bewerberinnen oder Bewerbern vertreten, die im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern als Ersatzleute nachrücken würden.

Für die aus sonstigen Wahlen hervorgegangenen Mitglieder in Gremien mit Ausnahme der Vorstände der wissenschaftlichen Einrichtungen gilt Satz 1 entsprechend. Sind nach dieser Regelung keine Stellvertreterinnen oder Stellvertreter gewählt, so kann das für die Wahl des Gremiums zuständige Wahlorgan Vertreterinnen oder Vertreter bestellen.

VIII. In-Kraft-Treten

§ 25

In-Kraft-Treten

Diese Wahlordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Wahlordnung vom 23.10.2002 (Amtliche Bekanntmachung Nr. 254 vom 28.10.2004) außer Kraft.